

## FDP kritisiert „Selbstbedienung“

Kanzleichef-Gehalt angehoben



Der Leiter der Staatskanzlei, Jörg Mielke, muss sich mit dem Vorwurf der Selbstbedienung auseinandersetzen.

FOTO: PETER VON DÖLLEN

VON PETER MLODOCH

**Hannover.** Der Chef der niedersächsischen Staatskanzlei, Jörg Mielke (SPD), kann sich auf einen satten Gehaltszuschlag freuen. Das Kabinett von Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) hat eine Höherstufung des Staatssekretärs von der Besoldungsgruppe B9 (10574 Euro monatlich) auf B10 (12451 Euro) beschlossen. Dies bestätigte Regierungssprecherin Anke Pörksen dem WESER-KURIER. Dabei hat es die SPD/CDU-Regierung offenbar eilig. Der Sprung für den Weil-Vertrauten und früheren Landrat des Kreises Osterholz soll noch im Rahmen des Nachtragsetats 2018 bei der Landtagssitzung am 1. März erfolgen.

„Das ist dreiste Selbstbedienung und durch nichts gerechtfertigt“, kritisierte FDP-Parlamentsgeschäftsführer Christian Gräsch. Das Gegenteil sei der Fall, da Mielkes bisheriges Aufgabengebiet in dieser Legislaturperiode erheblich schrumpfte. Im Zuge der Neuorganisation der Regierung gibt die Staatskanzlei drei ihrer fünf Abteilungen an das im Aufbau befindliche Europaministerium ab.

Pörksen, die wie alle anderen Staatssekretäre auf B9 bleibt, rechtfertigte dagegen den Schritt mit der „herausgehobenen Stellung“ Mielkes. „Der Chef der Staatskanzlei hat eine besondere Rolle und Verantwortung. In seinen Händen liegt die Gesamtkoordination der Politik der Landesregierung.“ In zahlreichen anderen Ländern wie Hamburg, Bayern und NRW bekäme die Leiter ebenfalls B10. In Niedersachsen hatte es zuletzt vor 15 Jahren eine Ausnahme gegeben, als der damalige Innenminister Uwe Schünemann (CDU) seinen Sonder-Staatssekretär für die Verwaltungsreform – unter dem heftigen Protest der oppositionellen SPD – auf B10 hievte.

### UNFALL

#### Zwei Frauen schwer verletzt

**Winsen.** Zwei Fußgängerinnen sind in der Innenstadt von Winsen (Luhe) angefahren und schwer verletzt worden. Die beiden 61 und 74 Jahre alten Frauen wollten über die Straße gehen und übersahen dabei das Auto eines 54-Jährigen. Der Mann konnte nicht mehr rechtzeitig bremsen und erfasste die Frauen. Die 74-Jährige wurde dabei in den Gegenverkehr geschleudert und von einem weiteren Auto erfasst. Sie erlitt bei dem Unfall am Mittwochabend nach ersten Einschätzungen lebensbedrohliche Verletzungen, wie ein Polizeisprecher mitteilte. DPA

### ZUHÄLTEREI

#### Ermittlung gegen 79-Jährige

**Aurich.** Die Polizei ermittelt im Landkreis Aurich gegen eine 79 Jahre alte Frau und zwei Männer im Alter von 23 und 51 Jahren wegen Zuhälterei, Menschenhandels und Zwangsprostitution. Die Beschuldigten sollen seit 2014 in Osteuropa 18 bis 25-jährige Frauen als Prostituierte angeworben haben. Sie bedienten sich dabei offenbar der Hilfe von Mittelsmännern. Den Frauen sollen zum Teil völlig andere Tätigkeiten versprochen worden sein. Als sie dann in Bordellen im ostfriesischen Südbrookmerland und Neermoor für die Beschuldigten tätig wurden, sollen diese die Frauen finanziell ausgebeutet haben. DPA

### TÖDLICHER UNFALL

#### Autofahrer kommt von Straße ab

**Twistringen.** Ein 40-jähriger Autofahrer ist in der Nacht zu Donnerstag in Twistringen im Landkreis Diepholz tödlich verunglückt. Der Mann sei um Mitternacht auf dem Weg Richtung Beckeln in einer Kurve mit seinem Wagen von der Straße abgekommen, hieß es zum Unfallhergang im Polizeibericht. Mit großer Wucht prallte das Auto des Fahrers daraufhin gegen einen Baum am Straßenrand. Für den Mann kam jede Hilfe zu spät, er starb an der Unfallstelle. Die Polizei vermutet, dass der 40-Jährige zu schnell unterwegs war. DPA

### ÜBERHOLMANÖVER

#### Lebensgefährlich verletzt

**Beckdorf.** Drei Menschen sind bei einem Autounfall auf der Landesstraße 130 bei Beckdorf im Landkreis Stade verletzt worden. Einer von ihnen erlitt lebensgefährliche Verletzungen. Ein 49 Jahre alter Fahrer habe sich am Mittwoch beim Überholen von zwei hintereinander fahrenden Fahrzeugen überschätzt und sei frontal mit dem Wagen eines 53 Jahre alten Fahrers zusammengestoßen, teilte die Polizei mit. Der 49-Jährige war in seinem Auto eingeklemmt und wurde von Einsatzkräften mit schwerem Rettungsgerät befreit. DPA

## Mit Lasern gegen Krähen

Die Stadt Jever will die schwarzen Singvögel durch Lichteffekte verscheuchen

VON JUSTUS RANDT

**Achim/Jever.** Bald sind die schwarzen Vögel wieder im Anflug: „Mitte Februar beginnen die sich zu sammeln und Nistplätze zu suchen“, sagt Klaus Barfuß. Der Achimer muss es wissen, schließlich hat er jahrelang darum gekämpft, sich gegen die Krähen wehren zu dürfen. Mit Hinweis auf den gesetzlichen Schutz der großen Singvögel hatte es die Stadt ihm und einer Anwohnerinitiative im Quartier Am Oertel untersagt, die Tiere zu verscheuchen.

Sie mussten also mit dem Krähenkrähen und dem unvermeidlichen Vogelkot auf ihren Terrassen leben – bis im Dezember 2015 das Oberverwaltungsgericht Lüneburg anders entschied. Dass da plötzlich mehr ging im lange schwelenden Krähenkonflikt, vernahm auch die Stadt Jever. Jetzt planen die Friesen den Einsatz von Lasern, um den Vögeln heimzuleuchten.

Den Jeveranern und den Bewohnern Am Oertel gingen die Vögel gehörig auf die Nerven. Bis zu 1500 Krähen gehörten zu dieser Population, schätzt Klaus Barfuß. Das war zu der Zeit, als das Lüneburger Urteil die Verbotsvorgabe der unteren Naturschutzbehörde aufhob. „Inzwischen läuft das für uns sehr positiv“, sagt Barfuß, „wir sind die Krähen so gut wie los. Wenn man sie im Februar, März, vor Beginn der eigentlichen Brutzeit, vergrämt, dann passiert nichts“, hat

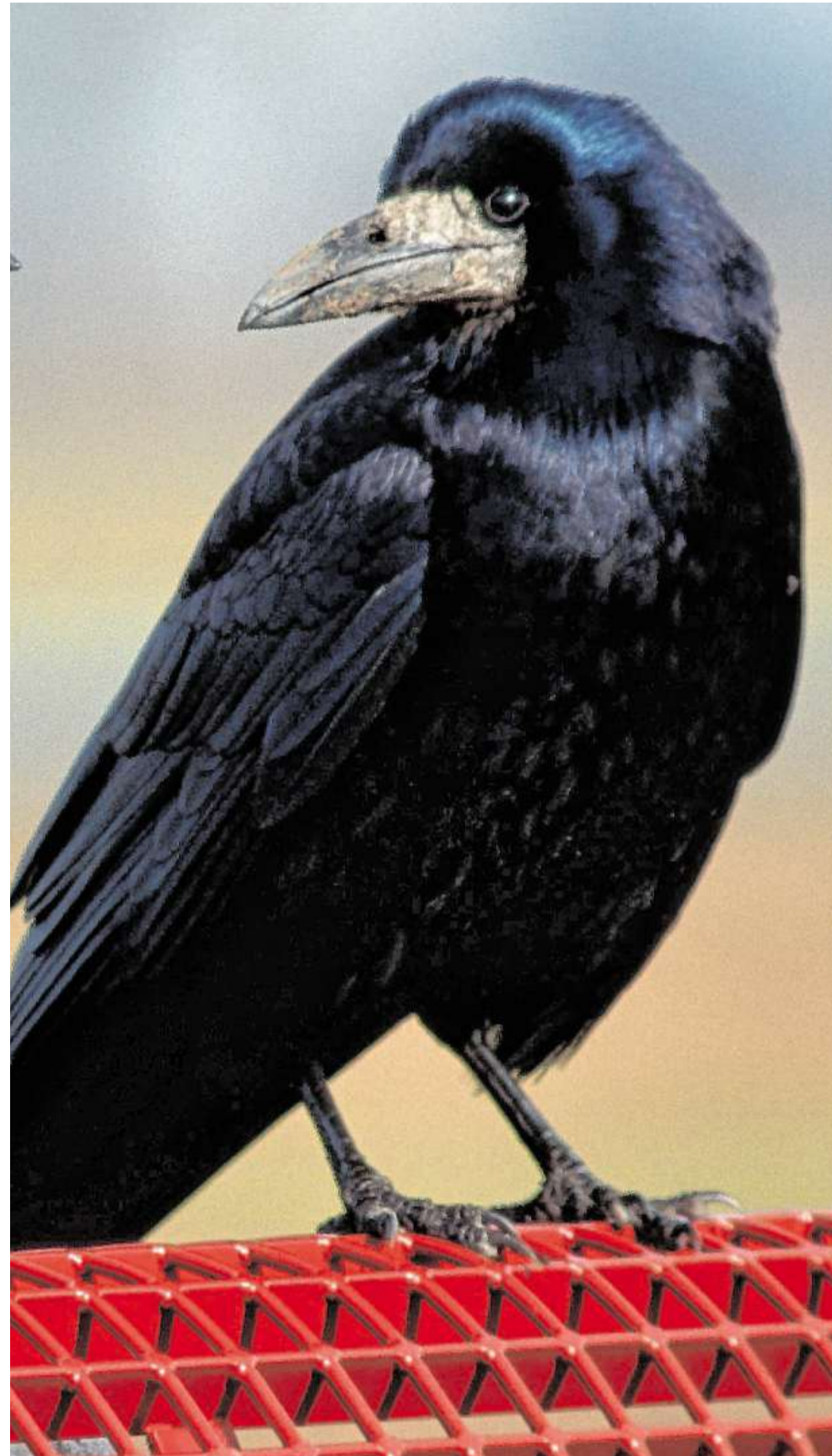
„Wo vorher ein Problem war, gibt es dann zehn neue.“

Experte beim Landkreis Friesland

er festgestellt. Soll heißen: Der Einsatz von Platzpatronen und Krähenklatschen, aufeinanderschlagenden Holzbrettern, die heftige Knallgeräusche verursachen, hat sich aus seiner Sicht bewährt. „Die Vögel ziehen dann ein paar Hundert Meter weiter, und wir hoffen, da wohnen keine Leute...“ Weg sind die Krähen also damit immer noch nicht, sondern lediglich ein paar Bäume weitergezogen. Silke Brünn, Fachdienstleiterin für Naturschutz beim Landkreis Verden, bestätigt das. „Die Kolonie Am Oertel ist weitgehend zum Erliegen gekommen.“

Die Krähen sind jetzt allerdings versprengt in mehrere kleinere Kolonien. „Die Achimer Stadtbiologin Marion Rusch hatte schon vor dem höchstrichterlichen Urteil darauf aufmerksam gemacht, dass eine Vergrämung mehr kleine und instabile Kolonien zur Folge habe – die leicht auch weiter anwachsen könnten.“

Das Phänomen ist Vogelkundlern bekannt, aber auch Kommunen wie Jever und der Landkreis Friesland, die seit Jahren versuchen, die Krähen auf Distanz zu halten. „Wo vorher ein Problem war, gibt es dann zehn neue“, fasste es vor einigen Jahren ein Mitarbeiter des Landkreises zusammen. Das Gebiet am Krankenhaus Sanderbusch beispielsweise sollte „krähenfrei“ werden. Aus hygienischen Gründen – und aus psychologischen, weil schwarze Vögel in Schwärmen



Saatkrähen beginnen im Februar mit der Suche nach Nistplätzen. Die Stadt Jever will die Vögel mit Lasern vertreiben, ehe sie sich niederlassen. FOTO: DPA

eine Belastung für die Patienten darstellten, vor der Eiablage entfernt. Die Krähen haben, wie Landkreissprecher Nicola Karmires mitteilt, alternative Standorte akzeptiert,

an die ihre Nester mit viel Aufwand gebracht worden waren.

Unterm Strich jedoch hat sich nichts geändert, auch in der Stadt Jever: „Seit sechs, sieben Jahren haben wir immer um die 640

Nester“, ist bei der Stadtverwaltung zu erfahren. Bürgermeister Jan Edo Albers geht folglich von „mindestens 1280 Elterntieren“ im Schnitt aus. Allen Knalleffekten und auch Reflektoren im Geäst zum Trotz. Im gesamten Landkreis geht man von aktuell 1673 Saatkrähen aus, das bedeutet einen Zuwachs von 46 Vögeln seit dem Jahr 2012 und damit ähnliche konstante Verhältnisse wie in Achim.

Dort hat der Knall- und Klatscheinsatz von Klaus Barfuß zwischenzeitlich dazu geführt, dass sich Besitzer schreckhafter Hunde beklagten, wie er einräumt. Beim Landkreis Verden sind hingegen auch Beschwerden von Nachbarn wegen Lärmbelästigung bekannt. Klaus Barfuß hat durchaus „Ehrfurcht vor den sensiblen“ und intelligenten Vögeln. „Wir haben ja auch gelernt“, sagt er. „Wir müssen keine Nester aus 20 Metern Höhe herunterholen, die Vögel reagieren sehr empfindlich auf Knallgeräusche, weil sie jahrelang von Landwirten beschossen worden sind.“

Auch vermeintliches Mündungsfeuer jage den Krähen einen gehörigen Schrecken ein. Klaus Barfuß hat den Effekt nach eigenem Bekunden im vergangenen Jahr bereits „erfolgreich“ mit einem Laserpointer imitiert. „Denkbar, dass die das in Jever vor mir haben“, sagt er. Man lerne schließlich nicht nur, sondern „man spricht auch ja auch miteinander“.

„Die Vögel ziehen dann ein paar Hundert Meter weiter.“

Klaus Barfuß, Krähenvergrämer

Anders als der Achimer haben die Friesen noch keine Erfahrung mit dem Lasereinsatz. Vor allem mit grünen Lichtpunkten ließen sich „ganze Schwärme“ aufscheuchen. Ein Gewöhnungseffekt, weiß Bürgermeister Albers, sei „zumindest bei Tauben“ nicht eingetreten.

„Die Vorgaben der zulässigen Lasertechnologie“ müssten allerdings noch geprüft werden, teilt Albers mit und meint damit die Antwort auf die Frage, welche Laserklassen zum Einsatz kommen darf. Hohes Risiko steht da weitgehender Wirkungslosigkeit entgegen. Niemand darf geblendet werden, andererseits muss das Licht zig Meter weit reichen und auch am Tage wirksam sein. Gefährlich sind alle Klassen, auch für die Augen der Vögel.

Deshalb hat der Landkreis als untere Naturschutzbehörde in Absprache mit Naturschutz- und Veterinärbehörden angeordnet: „Das Laserlicht darf nicht gezielt auf einzelne Tiere gerichtet werden, und es ist unter anderem die schnelle Bewegung des Laserstrahls erforderlich, ohne auf einzelnen Tieren zu verharren.“

Eine weitere Erschwernis besteht darin, dass „nur ausgebildetes Personal“ den Laserstrahl schwingen darf. Ein Bediensteter gegen alle Krähen, lautet die Parole: Mehr ausgebildetes Personal gibt es dem Vernehmen nach zur Zeit nicht.

## „Das ist leider unvermeidlich“

Kultusminister sieht keine Alternative zur Abordnung von Gymnasiallehrern an Grundschulen

VON PETER MLODOCH

**Hannover.** Mit „Schönreden“ wollte es Niedersachsens Kultusminister Grant Hendrik Tonne (SPD) erst gar nicht versuchen. „Abordnungen sind eine hohe Belastung für die betroffenen Lehrkräfte sowie eine organisatorische Herausforderung für die Schulen“, bekannte der Ressortchef am Donnerstag in Hannover. Aber sie sind nach seinen Worten auch im zweiten Schulhalbjahr leider unvermeidlich. Für 758 Gymnasiallehrer bedeutet dies, dass sie bis zu den Sommerferien jeweils mehrere Wochenstunden an Grundschulen unterrichten müssen. Insgesamt will die Landesschulbehörde dort damit 4465 Unterrichtsstunden sicherstellen. Im September waren es noch 440 Gymnasiallehrer mit zusammen 2250 Stunden.

„Gerade an den Grundschulen herrscht das Problem des Bewerbermangels“, erklärte Tonne. „Aber die Schüler dort haben guten Unterricht verdient.“ Anders als zu Beginn des ersten Halbjahres, als etliche Eltern und Lehrer chaotische Verhältnisse wegen plötzlich ausgesprochener und offenbar auch teilweise unsinniger Abordnungen beklagt hatten, sollen die Verfahren laut Ministerium diesmal geordneter und transparenter ablaufen.

So würden die Gymnasiallehrer vorrangig in den Klassen drei und vier und möglichst in den von ihnen studierten Fächern eingesetzt, versprach Tonne. Ihre Aufgabe sei ausschließlich Unterricht. Im vergangenen Spätsommer sollen dagegen etwa Physiklehrer zur Pausenaufsicht verdonnert worden sein. Der Präsident der Landesschulbehörde, Ulrich Dempwolf, betonte, dass die abgebenden Gymnasien und aufnehmenden Grundschulen frühzeitig, nämlich schon im Dezember eingebunden gewesen seien. FDP-Fraktionsvize Björn Försterling warn-

te, dass die Abordnungen von Gymnasiallehrern kein Dauerzustand werden dürften. Zum zweiten Halbjahr hatte das Ministerium für alle Schulformen insgesamt 1209 Lehrerstellen ausgeschrieben. Davon konnte es bislang 1068 besetzen, 121 davon mit Quereinsteigern. Weil der erneute Lehrermangel an Grundschulen absehbar war, hatte das Ministerium vorsorglich die Zahl für neue Gymnasiallehrer um 170 auf 321 erhöht, um zusätzliche Luft für die Abordnungen zu bekommen. Neben dem Kurzfristeffekt sei dies eine „Maßnahme mit Weitblick“, meinte der Minister. Wegen der Wiedereinführung der neunjährigen Gymnasialzeit (G9) brauche man 2020/21 wegen des zusätzlichen Jahrgangs sowieso mehr Personal.

Ab dem nächsten Schuljahr soll sich die Lage an den Grundschulen wieder entspannen. Zum einen schließen deutlich mehr Lehrer ihre Ausbildung ab, zum anderen verspricht sich die SPD/CDU-Regierung von der Verlagerung der frühkindlichen Sprachförderung an die Kindergärten das Freier-

den von rund 500 Vollzeitstellen. Das aber sei eine „Sanierung der Unterrichtsversorgung auf dem Rücken der Erzieherinnen“, beklagte Grünen-Schulexpertin Julia Hamburg und forderte einen fairen Personalausgleich für die Kitas.

Die Unterrichtsversorgung sank im laufenden Schuljahr um 0,2 Punkte im Schnitt auf 98,7 Prozent. Die Gymnasien erreichen mit 100,7 Prozent den besten Wert, während die Förderschulen mit 93,1 Prozent das Schlusslicht bilden. Nicht viel besser sieht es in den Haupt-, Real- und Oberschulen aus. Diese Werte wolle er „spürbar verbessern“, kündigte Tonne an. Zu seinem Maßnahmenpaket zählt neben der Vereinfachung des Quereinsteigs auch ein „Attraktivitätsprogramm für den Lehrkräfteberuf“. Dazu sei die ab nächstem Schuljahr beschlossene Besoldungserhöhung für Grundschulleiter „ein erster Schritt“. Die Anhebung auf A13 für alle Lehrer stehe dagegen derzeit noch nicht zur Debatte, sagte der Minister. „Wir können keine Wolkenkuckucksheime versprechen.“

Ab dem nächsten Jahr soll sich die Lage an den Grundschulen wieder entspannen, sagt Niedersachsens Kultusminister Grant Hendrik Tonne (SPD).

FOTO: DPA



## Neuer Name für Kaserne

Soldaten hatten Umbenennung gefordert

**Hannover.** Die Emmich-Cambrai-Kaserne in Hannover soll künftig den Namen eines in Afghanistan gefallenen Soldaten tragen. Die Änderung des Namens sei inzwischen beim Verteidigungsministerium beantragt worden, bestätigte die Kaserne, in der die Schule für Feldjäger und der Stabsdienst der Bundeswehr untergebracht ist, am Donnerstag.

Namenspatron soll künftig Tobias Lagenstein sein, ein ursprünglich in Hannover stationierter Feldjäger, der 2011 bei einem Anschlag in Afghanistan ums Leben kam. Im Zusammenhang mit dem Skandal um den rechtsextremen Soldaten Franco A. hätten Soldaten der Kaserne in Hannover nach einer Abstimmung gefordert, ihrem Standort einen unvorbelasteten Namen zu geben, berichtete die „Hannoversche Allgemeine Zeitung“.

Der erste Teil des bisherigen Kasernenamens erinnert an den preußischen General Otto von Emmich, dessen Rolle beim deutschen Einmarsch in Belgien im Ersten Weltkrieg umstritten ist. Cambrai ist der Name der nordfranzösischen Stadt, die im Ersten Weltkrieg von deutschen Truppen besetzt wurde und wo es die erste größere Panzerschlacht gab. Noch 2014 hatte das Verteidigungsministerium für eine Umbenennung nach damaligen Medienberichten keinen Grund gesehen.

Nicht umgesetzt wurde eine 2012 beabsichtigte Umbenennung der Kaserne nach General Ulrich de Maizière. Der Vater des jetzigen Bundesinnenministers Thomas de Maizière (CDU) war 1956 Brigadekommandeur in Hannover und zählte zu den ersten militärischen Führungskräften, die die Bundeswehr nach dem Zweiten Weltkrieg aufbauten. DPA